

Würden Wahlen etwas ändern, wären sie verboten, sagt der Volksmund.

Der Ruf nach mehr Staat und Teilhabe der Bürger wird lauter

von Brigitte Pick

Berlin hat gewählt. Die Wahlbeteiligung lag insgesamt bei knapp über 60 %, unterscheidet sich jedoch deutlich in bürgerlichen Stadtteilen von denen mit einfachen Wohnlagen, in denen die Arbeitslosigkeit signifikant höher ist. Im bürgerlich geprägten Steglitz-Zehlendorf liegt die Wahlbeteiligung bei bis zu 76 %, in meinem Wohnbereich in Tempelhof- Schöneberg bei 72,1%, in Neukölln-Nord nur noch bei 49,1% oder im Wedding gar nur bei 45,6%.

Schaut man sich Ergebnisse in einzelnen Stimmbezirken näher an, muss man sich über die Arroganz der Politik wundern, die auch die niedrige Wahlbeteiligung nicht zur Kenntnis nimmt oder sie konstatiert und zur Tagesordnung übergeht. Knapp 60% der Wahlberechtigten werden vom etablierten Parteiensystem nicht mehr erreicht. Das ist nicht nur in Berlin so.

Der Stimmbezirk um den Campus Rütli, in den viele junge Kreative und Studenten gezogen sind, watscht den überschätzten Bürgermeister Heinz Buschkowsky deutlich ab. Buschkowsky selbst nennt Neukölln sein „Hoheitsgebiet“ und insgesamt hat er im Bezirk fast 43% der Neuköllner Wählerstimmen für die Wahl der BVV¹ bekommen, das liegt weit über dem Gesamtergebnis für die SPD in Berlin. Das erinnert an alte Zeiten Willy Brandts.²

Im kleinen Stimmbezirk rund um die Schule heißt das Ergebnis aber: 18,9% SPD, CDU 5,9%, Grüne 38,9%, Linke 12,2%, FDP 0,6%, Piraten 8,8%.

Die Piraten entern das Abgeordnetenhaus von Berlin

Die SPD ist in Gesamtberlin stärkste Kraft mit 28,3% der Stimmen geworden, die CDU kam auf 23,3%, die Grünen auf 17,6%, die Linke auf 11,7%, die FDP flog mit erbärmlichen 1,8% aus dem Stadtparlament und dafür zogen die Piraten mit 8,9% der Stimmen neu ins Abgeordnetenhaus ein. 130.105 Wähler entschieden sich für die neue Partei, die sich selbst als linksliberal oder sozial-liberal verortet. Ihr Bundesvorsitzender, der 24-jährige Bioinformatiker Sebastian Nerz, von 2001 bis 2004 aktives CDU Mitglied in Tübingen und seit 2009 bei den Piraten, sagt gar, sie seien weder rechts noch links, sondern

¹ Bezirkswahlen, BVV Bezirksverordnetenversammlung

² Die SPD erhielt unter Willy Brandt 1967 56,9% der Stimmen.

seltsam.³ Die Piraten haben den Einzug aus dem Stand erreicht und wurden selbst von dem Erfolg überrascht. Sie haben auch in den Bezirken so viele Mandate erreicht, dass sie nicht genug Kandidaten für die Posten aufgestellt hatten. Dieser Partei, die in Deutschland vor fünf Jahren gegründet wurde, ist es als einziger gelungen, 23.000 Nichtwähler zur Urne zu bringen. Von den etablierten, Parteien haben sie 17.000 Stimmen von den Grünen gewonnen, 13.000 von den Linken und 4000 von der CDU. In bundesweiten Umfragen liegen sie auch dort bei nahezu 9% Stimmen, für die die Wähler sich im Moment entscheiden würden.

Die erste Piratenpartei wurde in Schweden 2006 gegründet. Sie ließen sich registrieren und für die Parlamentswahl aufstellen. Das führte zu einem erhöhten Medieninteresse. Die Zugriffe auf die Webseite erreichten Millionenhöhe. „Am 31.5.2006 beschlagnahmte die schwedische Polizei die Server, auf denen der Bittorrent-tracker "The Pirate Bay", sowie über 200 andere



©Foto: Lisavan

Demo für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Berlin, November 2010: "Unternimm das jetzt". Piraten bei der Demo-Teilnahme

unabhängige Websites, gehostet wurde. Außerdem nahm sie drei Personen zum Verhör vorläufig fest und nahm eine DNA-Probe des juristischen Beraters der Pirate Bay.“ Dies führte zu massiven Protesten und gab der Piratpartei einen großen Auftrieb: Vor der Razzia wuchs die Partei stetig, mit etwa 10 Neumitgliedern pro Tag. Am Tag der Beschlagnahmen verzeichnete die Piratpartei dagegen 500 neue Mitglieder, am Tag danach registrierten sich weitere 930 Menschen. Die Piratpartei war damit innerhalb von 2 Tagen von ~2100 Mitgliedern auf 3611 Mitglieder angewachsen. (..)“ Zu den Wahlen am 17.09.2006, erreichte die Piratpartei 34.918 (0,63%) Stimmen und wurde damit 10.-stärkste Partei des Landes. In Schülertestwahlen kam die Piratpartei sogar auf 4,5%. Heute hat die Piratpartei über 43.000 Mitglieder und ist damit die nach Mitgliederzahl drittgrößte

³ Siehe auch das Portrait über den Piraten-Fraktionschef in Berlin Andreas Baum „Was ist links“ von Karin Christmann und „Es liegt was in der Luft“ von Tissy Bruns im Tagesspiegel vom 16.10.2011

Partei Schwedens. (...) Angesichts des großen Erfolges in Schweden wurden in vielen Ländern weitere Piratenparteien gegründet. Als erstes die Piratenpartei Österreichs, am 31. Juli 2006. Am 10.09.2006 gründete sich in der Berliner c-base die Piratenpartei Deutschland.“⁴

Piraten werden als spinnert,
naiv und nicht finanzierbar
von den bürgerlichen
Parteien abgelehnt.

Auf ihrer Website heißt es: „Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein und will die Bürgerrechte gegenüber dem sie bedrohenden Staat bzw.

dessen Einrichtungen verteidigen. Wir stehen hinter dem Grundgesetz in der grundsätzlichen Form, wie es 1949 ausgearbeitet wurde. Insbesondere lehnen wir Änderungen an den Grundrechten (Art.1 bis 19, GG) kategorisch ab, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass diese immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen.“⁵

Nun rangeln sie um ihre Sitzplätze im Parlament, möchten nicht die der FDP einnehmen und neben der CDU sitzen. Ihre Mitgliederzahl stieg rapide auf 15.000.⁶ Ein Teil ihrer Forderungen sind bekannte, wie die nach einem Grundeinkommen, dem kostenlosen ÖPNV oder der Legalisierung von weichen Drogen. Ihre Aussagen zu ihren Forderungen sind widersprüchlich. Sie werden als spinnert, naiv und nicht finanzierbar von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. In einem Interview äußert sich die erst 19-jährige Piratin Susanne Graf zu den Idealen der Partei, der Rolle der Frau und ihrem konkreten Programm:

„Hätten Sie sich denn gewünscht, dass mehr Frauen antreten?“

Natürlich würde ich mir mehr Frauen wünschen. Aber wir als Piraten sehen das Geschlecht gar nicht so stark im Vordergrund. Wir möchten das Geschlecht sogar aus der staatlichen Erfassung herausnehmen, um die Diskriminierung auszumerzen, die damit verbunden ist.

Eine Partei, in der Geschlecht keine Rolle mehr spielt – geht das in der Praxis?

Bedingt. Wir bemühen uns, früher war es deutlich schlimmer. Aber mitunter muss man sagen: In den Köpfen mancher Parteimitglieder ist es noch nicht ganz angekommen. (...)

⁴ <http://www.piratenpartei.de/navigation/partei/parteigeschichte>

⁵ http://www.piratenpartei.de/unsere_ziele

⁶ <http://www.piratenpartei.de/> vom 13.10.2011

„Welches sind diese „Ideale der Partei“, von denen Sie sprechen?

Zum einen die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte und zum anderen, dass wir eine transparente Politik machen, dass wir unsere Fraktions-sitzungen streamen,⁷ dass wir allen die Möglichkeit geben, mitzuerleben, was wir Politik machen.(...)

Welche konkreten Inhalte wollen Sie in Berlin umsetzen?

Wir möchten die Sperrklausel für Parteien senken. Auf Bezirksebene soll es keine Hürde mehr geben, auf Landesebene soll sie auf drei Prozent sinken. Das Wahlalter ist bei uns auf Null gesetzt. Das wird schwer durchzusetzen sein, aber gemeinsam mit anderen Parteien ist es auf jeden Fall möglich, es für die Abgeordnetenhauswahl auf 16 Jahre⁸ zu senken. Wir möchten den fahrscheinlosen ÖPNV und die City Tax für Touristen.“⁹

Nun sitzt den etablierten Parteien der Schreck in den Knochen und man hört allenthalben aufrüttelnde Stimmen.

So schreibt Mark Rackles als Mitglied des SPD Landesvorstandes und der SPD-Sondierungskommission in einem Kommentar unmittelbar nach der Wahl Folgendes:

„Gerade die SPD kann sich mit den unterdurchschnittlichen Wahlergebnissen in einfachen Wohnlagen und bei Hartz-IV-Haushalten nicht zufrieden zurücklehnen. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Teilhabe in der gesamten Stadt ist die wesentliche Aufgabe, der sich der neue Senat stellen muss.“

Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm ein „Zukunftsbündnis“ mit allen Berlinerinnen und Berlinern angekündigt. Das muss jetzt glaubwürdig konkretisiert werden. Hinsichtlich der Erprobung neuer Beteiligungs- und Einbindungsformen können sogar Phänomene wie die Piraten eine zentrale Rolle spielen. Der Wählerauftrag von Sonntag sollte daher unabhängig von Koalitionspräferenzen darin münden, dass ein Zukunftsbündnis für die ganze Stadt gebildet wird, das sich dem sozialen Zusammenhalt, der gesellschaftlichen Teilhabe, kultureller Toleranz und direkter Partizipation verschreibt.

Die erfolgreiche Kaperfahrt der politischen Freibeuter ist die zweite Herausforderung für die Hauptstadtpolitik, für deren Analyse man sich eigentlich Zeit nehmen sollte, be-

⁷ Streaming Media ist der Oberbegriff für Streaming Audio und Streaming Video (auch bekannt als Web-Radio und Web-TV) und bezeichnet aus einem Rechnernetz empfangene und gleichzeitig wiedergegebene Audio- und Videodaten. Den Vorgang der Datenübertragung selbst nennt man Streaming, und gestreamte Programme werden als Livestream oder kurz Stream bezeichnet.

⁸ Kommunal kann man für die Bezirkswahlen in Berlin bereits ab 16 wählen, Nicht- EU-Bürger jedoch immer noch nicht!

⁹ Interview mit Piratin Graf "Wir müssen uns zusammenreißen" von Karin Christmann im Tagesspiegel vom 11.10.2011

vor das politische Alltagsgeschäft wieder einkehrt. Man muss die neue politische Kraft mit offenen Armen empfangen: erstens ist das bei Piraten erfahrungsgemäß die beste Überlebensstrategie, wenn sie erst einmal an Bord sind.“¹⁰

Der Auftrag des Wählers lautete auch, eine rot-grüne Koalition zu bilden. Die Gespräche sind letztendlich daran gescheitert, da die einen 800 Meter Stadtautobahn bauen wollten und die anderen 3500 Meter. Nun wird eine schwarz-rote Koalition gebildet.

Kapitalismuskritik

Der SPD-Chef Sigmar Gabriel sass am 7.10.2011 mit Günter Grass auf dem Podium der Kreuzberger SPD Zentrale, um sein Buch „Günter Grass auf Tour für Willy Brandt“ vorzustellen. Er tönte: „Den Genossen Trend hält er für verstorben – „weil wir das, was Neoliberalismus genannt wird und zur Krise geführt hat, lange mitbetrieben haben: weniger Staat, New Economy, der ganze Blödsinn“, wie der Chef-Sozialdemokrat selbstkritisch bekennt. „Wir haben den Kern der Sozialdemokratie, den Wert der Arbeit, selbst beschädigt.“ Grass und seine Mitstreiter hätten in den 60er und 70er Jahren mit einem großen „Hoffnungsüberschuss“ zu tun gehabt. „Das ist heute ein Skepsisüberschuss.“¹¹



Frank Bsirske

Der Verdi Chef Bsirske setzt sich für einen starken Staat ein: „Die Hälfte der Bevölkerung besitzt weniger als zwei Prozent des gesellschaftlichen Vermögens, während sich in den Händen der Superreichen, also des reichsten einen Prozents, rund 36 Prozent des Vermögens konzentriert.“ Eine Folge des „entfesselten Kapitalismus“.

Nun redet der Verdi-Chef, selbst Mitglied der Grünen, nicht dem Sozialismus das Wort.

Doch die ökonomischen Verwerfungen der vergangenen drei Jahre – von der Immobilien- zur Finanzmarktkrise, von der Schulden- zur Währungskrise – sieht Bsirske als „Systemkrise eines Typs von Kapitalismus, in den uns 30 Jahre neoliberale Politik geführt hat“. Die „Ökonomie der Maßlosigkeit“ mit ihren hohen Renditeansprüchen überfordere zunehmend die Menschen und zerstöre ihre Lebensbedingungen. Dagegen setzt Bsirske ein funktionierendes Gemeinwesen, den Zusammenhalt einer homogenen Gesellschaft. Also mehr Staat. Oder, in Bsirskes Worten: „Öffentlich ist wesentlich.“ Konkret spricht er die öffentlichen Dienstleistungen in Pflege- und Erziehungsberufen an, die deutlich besser bezahlt gehörten. Das Geld dafür sei da, wenn die „sehr hohen Einkommen und Ver-

¹⁰ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/die-auftraege-des-waehlers/4628892.html> vom 21.9.2011

¹¹ Politik aus dem VW-Bus von Andrea Dernbach im Tagesspiegel vom 8.10.2011

mögen, Kapital- und Unternehmensgewinne wieder deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden als bisher“. Für Europa und den Euro empfiehlt Bsirske

Öffentliche Dienstleistungen in Pflege- und Erziehungsberufen müssen deutlich besser bezahlt werden.

Euro-Bonds, mit denen die Spekulation gegen einzelne Staaten gestoppt werden könne, und eine gemeinsame Wirtschaftsregierung. Die könne „mit einer eigenen Einnahmehbasis etwa in Form der Transaktionssteuer ausgestattet sein“. Ohne diese Schritte komme Griechenland nicht aus der Schuldenfalle und werde „das Diktat der Finanzmärkte“ nicht gebrochen, glaubt Bsirske.“¹²

Die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft Deutschlands verzeichnete erstmals seit 22 Jahren wieder mehr Mitglieder und es ist gelungen, den Organisationsgrad nicht zu verschlechtern. Die IG-Metall hat 2.239.588 Mitglieder. Fast jedes zweite Mitglied ist jünger als 27 Jahre.¹³ Der Turbokapitalismus, der rücksichtslose Irrsinn der Finanzkapitalisten führt zu prekärer Arbeit, Altersarmut, gebrochene Erwerbsbiografien, Burn-out etc. „Die IG-Metall ist wieder eine Organisation des Fortschritts, sie steht für Chancengleichheit und Teilhabe.“¹⁴

Am 24. Februar 2011 gingen 200.000 IG-Metaller in Eisenhüttenstadt auf die Straße, um für die Rechte von Leiharbeitern zu demonstrieren.¹⁵

Am 3. September 2011 gingen in Berlin Tausende auf die Straße, um gegen steigende Mieten, Verdrängung und Armut zu demonstrieren. Es tut sich etwas in der Einforderung der Rechte im Bereich der Daseinsvorsorge.¹⁶ Es bilden sich mehr und mehr außerparlamentarische Strukturen.

Auch wenn es manch einer nicht mehr hören mag: Der neue Sozialbericht für Deutschland, der alle zwei Jahre erscheint, gilt als „die Bibel der Sozialforschung“. Der Bericht für 2011 stellt fest: „2009 waren 16 Prozent der Bevölkerung hierzulande armutsgefährdet. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 929 Euro im Monat (nach Zahlung der So-

¹² Öffentlich ist wesentlich von Alfons Fresse im Tagesspiegel vom 21.11.2011

¹³ http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/11_20_1_Statement_Wetzel_0170001.pdf vom 20.1.2011

¹⁴ IG-Metall-Kongress Fortschritt nach Maß von Alfons Fresse im Tagesspiegel vom 10.10.2011

¹⁵ http://www.igmetall.de/cps/rde/xbcr/internet/Huber_Geschaeftsbericht_0178850.pdf vom 10.10.2011

¹⁶ Er umschreibt die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen – die sogenannte Grundversorgung. Dazu zählt als Teil der Leistungsverwaltung die Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit, also Verkehrs- und Beförderungswesen, Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Friedhöfe, Bäder usw. (Infrastruktur). Dabei handelt es sich größtenteils um Betätigungen, die heute von kommunalwirtschaftlichen Betrieben wahrgenommen werden. (Wikipedia)



©Foto: Thomas Range / Oliver Burkhard

Stahltariffrunde 2011

zialeistungen) zur Verfügung hat. Insbesondere die hohen Wohnkosten sind belastend, fast jeder dritte Armutsgefährdete war nicht in der Lage, sich zumindest jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder entsprechenden vegetarischen Zutaten zu kochen.“¹⁷

Aber ohne Geld ist politischer Gestaltungsraum nicht zu ha-

ben, und ohne Gestaltungsspielraum sind Wahlen sinnlos, so Hermann Werle in einem Artikel des Mieterechos.¹⁸

Eingeschränkte Demokratie

„In der aktuellen Situation werden jedoch nicht nur Teile der griechischen Gesellschaft von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, sondern gleich die ganze Bevölkerung mit- samt ihrem gewählten Parlament. Das ist ein Teil des Preises für die Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Euro-Gruppe, also jenem Gremium der Europäischen Union, das die Stabilität der gemeinsamen Währung gewährleisten soll. Zum Preis, den die Griechen außerdem zu zahlen haben, gehören Sparprogramme, Lohn- und Rentenkürzungen sowie Entlassungen und Privatisierungen, ganz nach den Vorgaben der Finanzinstitutionen. Mit diesem Diktat wird Griechenland in einen „halbkolonialen Status versetzt“, heißt es in einem Positionspapier des wissenschaftlichen Beirats von attac. Die „Rezepte“, die zur Anwendung kämen, seien heute genauso zerstörerisch, „wie dies in den 1980er und 1990er Jahren der Fall war“, so das Papier vom Mai 2010. Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Joseph Stiglitz¹⁹, bestätigte diese Einschät-

¹⁷ "Sozialbericht für Deutschland" Einmal arm, immer arm: Von Jana Gioia Baurmann im Tagesspiegel vom 12.10.2011

Der Datenreport steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes und des Wissenschaftszentrums Berlin (www.wzb.eu/de) kostenfrei als Download zur Verfügung. Die Buchausgabe ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de/publikationen) gegen eine Bereitstellungspauschale erhältlich.

¹⁸ ME 349/September 2011 „Eingeschränkte Demokratie“ von Hermann Werle

¹⁹ Derzeit ist er Professor an der Columbia University im Norden Manhattans[2] und unterrichtet ebenso an den französischen Elitehochschulen Ecole Polytechnique und Sciences Po Paris. 1993 wurde er Mitglied im Rat der Wirtschaftsberater von US-Präsident Bill Clinton, dessen Ratsvorsitz er von 1995 bis 1997 innehatte. 1997 wechselte er als Chefökonom zur Weltbank. Meinungsverschiedenheiten über deren Kurs führten 2000 zu seinem Rücktritt. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde er durch sein Buch Die Schatten der Globalisierung, eine scharfe Kritik an der Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds und des Finanzministeriums der Vereinigten Staaten. Stiglitz ist auch als Kritiker der Wirtschaftspolitik und anderer

zung kürzlich in der Financial Times Deutschland, wo er vor dem „Wiedererstarken einer rechtsgerichteten Wirtschaftslehre“ warnte, die in Amerika und Europa die Wirtschaft bedrohe. Amerika müsse durch „Konjunkturprogramme wieder Arbeit schaffen, die sinnlosen Kriege beenden, die Kosten für Militär und Medikamente begrenzen und die Steuern erhöhen, zumindest was die Superreichen angeht“. Von all dem wollten die Rechten aber nichts hören. Stattdessen dringen sie „auf weitere Steuersenkungen für Großunternehmen und Wohlhabende und wollen bei Investitionen und sozialer Absicherung sparen“. In Europa, so der Nobelpreisträger, würden die Dinge kaum besser stehen. Griechenland und andere Länder steckten in der Krise, doch zur Krisenbewältigung werde der falsche Weg eingeschlagen. „Die verschriebene Medizin besteht bloß aus veralteten Sparpaketen und Privatisierungen, die jene Länder, die sie umsetzen, nur noch ärmer und schwächer zurücklassen als vorher. Diese Medizin ist in Ostasien, Lateinamerika und anderswo gescheitert und wird auch jetzt in Europa scheitern.“

(...)

Zur Krisenbewältigung wird der falsche Weg eingeschlagen

Wer im laufenden Berliner Wahlkampf ehrlich wäre, „müsste seine Pläne entweder sämtlich unter Finanzierungsvorbehalt stellen, oder aber klar sagen, dass seriöse Politik und Schuldenbremse nicht zusammen-

passen“, kommentierte Jan Thomsen in der Berliner Zeitung. Denn „all die schönen Ideen, die den Berliner Wahlkampf zieren, sind unter dem Druck der Schuldenbremse unfinanzierbar. Woher das Geld für Entlastung von Lehrern nehmen, wie es die Grünen fordern? Woher das Geld für die Gründung von Öko-Stadtwerken oder den Rückkauf der Wasserbetriebe, wie es Linke und SPD wünschen? Für mehr Polizisten auf der Straße und mehr Kontrolleure vom Ordnungsamt, wie es die CDU will? Für die Senkung der Gewerbesteuer, wie sie die FDP vorschlägt?“ Jan Thomsen ist sicherlich zuzustimmen, die zur Wahl antretenden Parteien verbreiten nichts als heiße Luft.

Noch ehrlicher wäre es allerdings zu sagen, dass für die Berliner/innen gilt, was die FAZ zum „Griechischen Exempel“ festhielt: „Das griechische Volk kann wählen, was es will – wirklich ändern kann es nichts.“ Es macht in Berlin keinen Unterschied, wer gerade regiert (...). Einen Unterschied würde es machen, wenn eine Linke formulieren und durchsetzen würde, was Hugo Breitner als amtsführender Stadtrat für Finanzen im „Roten Wien“ der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts realisierte: „Unbeirrt von all dem Geschrei der steuerscheuen besitzenden Klassen holen wir uns das zur Erfüllung der vielfachen Gemeindeausgaben notwendige Geld dort, wo es sich wirklich befindet.“²⁰

Maßnahmen der US-Regierung unter George W. Bush hervorgetreten.

²⁰ ders. <http://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2011/detailansicht/article/ingeschraenkte-demokratie.html>

Und was passiert auf dem Wohnungsmarkt im großen Stil? Er wird nicht von der Wohnungswirtschaft sondern von der Finanzwirtschaft beherrscht.

„Wohnungen verlieren daher gänzlich ihren Charakter als Gebrauchswerte, und sie dienen nur noch als Quelle für den Cashflow und als Sicherheiten für Transaktionen auf dem Finanzmarkt.

Der Cashflow, die liquiden Mittel aus der Geschäftstätigkeit der Wohnungsunternehmen, speist sich aus den Mieten und wurde bislang mit ca. 5% eingeschätzt. Er dürfte sich aber dank der Mietsteigerungen inzwischen erhöht haben. Er ist vergleichbar mit den Zinsen festverzinslicher Wertpapiere. Doch er hat noch eine andere Funktion: Er ist nicht nur ein dem Kapitalanleger zufließender Ertrag, er kann, gewissermaßen um 180 Grad gedreht, das Kapital erst entstehen lassen. Die Logik ist dabei folgende: Wenn ein Anteil einer dreiprozentigen Anleihe von beispielsweise 100 Euro 3 Euro Zinsen erbringt, kann eine feste und solide Einnahme von 3 Euro auch umgekehrt in eine Verschuldung von 100 Euro umgewandelt werden.

Warum nicht? Schließlich entspricht das der Theorie über die Grundrente, die von vielen Ökonomen, darunter auch von Karl Marx, dargestellt wurde.

Damit die Sache aber ein einigermaßen festes Fundament bekommt, bedarf sie einer Sicherheit. Und dazu dienen die Wohnungen. Aus Wohnungen werden Hypotheken und zusammen mit dem ständigen Strom der Mieten verwandeln sie sich in Schuldverschreibungen, den sogenannten Mortgage Backed Securities (MBS), die sich auf dem Finanzmarkt handeln lassen. Den besonderen Kniff, in Form der Mieten eine ständige Einnahmequelle zu erschließen, die üppiger sprudelt als der Abfluss an Zinsen für die MBS, beherrschen die Immobilieninvestoren brillant.

Die praktische Abwicklung dieser Verbriefung genannten Transaktion übernimmt eine eigens zu diesem Zweck gegründete Gesellschaft (SPV: Special Purpose Vehicle). Sie bezieht von dem Immobilieninvestor die Sicherheiten, veranlasst das Rating, das heißt eine Bewertung durch eine Agentur, und lanciert die Papiere auf den Finanzmarkt.

Weil die gesamte Operation nicht im transnationalen und daher gesetzefreien Raum stattfindet, ist sie an die Regelungen des Landes gebunden, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat, die durch den Erwerb der Immobilien das Zauberstück in Gang setzt. Von Land zu Land zeigen sich feine, aber sehr bedeutsame Unterschiede. Und weil für alle Immobilienkäufer, die an der Verbriefung interessiert sind, die günstigsten Bedingungen interessant sind, errichten sie in dem Land, das solche bietet, ihren Firmensitz. Gleichgültig, welchen Ursprungs das Kapital ist und bezüglich der Gewinnverteilung auch bleibt, von Luxemburg aus lässt sich am reibungslosesten der Finanzmarkt erobern. Und

deshalb wird zum Beispiel aus einer von der deutschen Angestelltengewerkschaft gegründeten Gagfah AG nach ihrem Verkauf an die amerikanischen Investoren von Fortress das luxemburgische Unternehmen Gagfah S.A. (MieterEcho 342/August 2010). Aus Luxemburg ist dabei aber nur die Bezeichnung „Société Anonyme“.²¹

Weltweite Kritik an den sozialen Verhältnissen und dem System des Kapitalismus

Und doch schwören die Besitzenden weiter auf Wissenschaftler des Liberalismus wie Milton Friedman oder Friedrich August von Hayek. Friedmans Grundhaltung kommt in seinem Bestseller Kapitalismus und Freiheit (1962) zum Ausdruck. Darin forderte er die Minimierung der Rolle des Staates, um somit politische und gesellschaftliche Freiheit zu fördern. Hayeks Hauptargument ist, dass alle Arten von Sozialismus, Kollektivismus und Planwirtschaft zwangsläufig in Widerspruch zu liberalen Individualrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien geraten. Später erweiterte er diese Theorie und fügte hinzu, dass selbst staatliche Interventionen, die zunächst die Marktwirtschaft nicht prinzipiell in Frage stellen, langfristig zur Abschaffung der Freiheit führen würden. Beide erhielten den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, Friedmann 1976, Hayek 1974. In einem



©Foto: Florentine / www.pixelio.de

Occupy Frankfurt

²¹ <http://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2011/detailansicht/article/erobert-luxemburg-berlin.html> von Joachim Oellerich

Spiegelinterview vom September 2011²² konzidiert der Unternehmer Erich Sixt: „Natürlich brauchen wir den Staat, aber so wenig wie möglich“, und bezieht sich auf o.g. Protagonisten.

Auf der anderen Seite erreicht der arabische Frühling auch die Wall Street. In den USA breitet sich die „Occupy Wall-Street“-Bewegung schnell aus. Sie begann mit ein paar Hundert Pionieren. Die Medien nahmen kaum Notiz. Das änderte sich erst, als die Demonstranten die Brooklyn-Brücke besetzten und die Polizei in einer martialischen Reaktion 700 Demonstranten festnahm. Ihre Parole lautet: „Kapitalismus funktioniert nicht“, oder „Wir sind die 99 Prozent, deren Zukunft ihr verwettet, und wir schauen nicht mehr zu.“

„Am wichtigsten aber ist wohl der Umstand, dass der kollektive Zorn seit gut zwei Jahren schwelt und von der Obama-Regierung ignoriert wurde. Inzwischen haben die Anti-Wall-Street-Aktivisten in 45 Staaten der USA Nachahmer gefunden. Zwei Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, Paul Krugman und Joseph Stiglitz, haben Hilfe angeboten, 33 Prozent der Amerikaner bekunden in Umfragen ihre Sympathie. Selbst Präsident Obama, der seine Worte aus Sorge, missverstanden zu werden, so sorgfältig wählt, dass ihn fast niemand mehr versteht, äußerte Verständnis für die weit verbreitete „Frustration“, die in dem Protest zum Ausdruck komme. Strategen der demokratischen Partei träumen von einem liberalen Gegenstück zur Tea-Party-Bewegung, die ihrer Partei im Wahlkampf nützen könnte.“ Wir sind die 99 Prozent, deren Zukunft ihr verwettet, und wir schauen nicht mehr zu.²³



©Foto: Jens Kemle / www.pixelio.de –

Occupy in Frankfurt/M.

²² „Da hapert’s an allem“ im Spiegel 39/2011 vom 26.9.2011

²³ Aufbruch aus der Depression von Peter Schneider(Schriftsteller) im Tagesspiegel vom 10.10.2011

Am 15. Oktober 2011 kam es zu Protesten gegen die Finanzwirtschaft in 950 Städten und 82 Ländern weltweit. Die Demonstranten zählten Hunderttausende, wenn nicht Millionen. Es gibt Fotos aus Sidney, Tokio, Hongkong, Bukarest, Warschau, Stockholm. In Rom kam es zu schweren Ausschreitungen mit 70 Verletzten. In Berlin und Frankfurt versammeln sich Zehntausende. In Berlin trägt ein Mann in BVG²⁴ Uniform ein Schild: „Lieber Banken kontrollieren als Fahrgäste.“²⁵

In Israel kam es zu Massendemonstrationen von Zehntausenden gegen soziale Missstände. Am 14. Juli 2011 wurden in Tel Aviv die ersten Zelte aufgebaut, um für mehr Geld für Bildung und Wohnraum, eine Erbschaftssteuer und ein gerechteres Steuersystem zu demonstrieren. Auf Facebook hatte eine junge Frau um Hilfe gebeten, um ein Protestzelt

...ein Schrei nach „sozialer Gerechtigkeit“

in Tel Aviv aufzubauen. Weil sie angesichts der hohen Mieten in der Stadt keine neue Wohnung fand. „Wir waren neun Leute, die sich daraufhin verabredeten, wir kann-

ten uns nicht“, erzählt Shaffir. Eine Woche später hat die Gruppe die ersten Protestzelte in der Nähe des vornehmen Rothschild-Boulevards aufgeschlagen. „Wir waren von dem massiven Zulauf völlig überrascht“, erinnert sich Shaffir. Zur letzten Großdemonstration in Tel Aviv waren am 3. September etwa 400 000 Menschen gekommen. „Es brauchte anscheinend nur einen Funken“, meint Shaffir, die einräumt, dass die Volksaufstände in den arabischen Ländern „wirklich inspirierend“ waren, weil sie gezeigt hätten, dass Wandel möglich ist. Aus dem Protest gegen hohe Mieten ist ein Schrei nach „sozialer Gerechtigkeit“ geworden. Alle Einwanderer- und Altersgruppen sind beteiligt, auch arabische Israelis, die sich oft beklagen, dass sie als Bürger zweiter Klasse behandelt werden.

²⁶

Das Kabinett stimmte am Sonntagabend in einem zweiten Anlauf Wirtschaftsreformen zu, deren Umsetzung nach dem Wunsch des Regierungschefs Benjamin Netanjahu dabei helfen soll, dass sich die soziale Situation im Land verbessert. In der Knesset muss noch zugestimmt werden. Und der „Israelische Sommer“ des gesellschaftlichen Protestes wird schon bald mit neuen Massenkundgebungen fortgesetzt. Die sollen sich gegen die gerade genehmigten Reformen richten. Die Anführer des monatelangen landesweiten Protestes organisieren zusammen mit Gleichgesinnten in insgesamt 40 anderen Ländern einen internationalen Protesttag am 15. Oktober und zudem eine Massenkundgebung am 29. Oktober. Außerdem hat die mächtige Histadrut-Gewerkschaft zu einem landesweiten

²⁴ Berliner Verkehrsgesellschaft, die den öffentlichen Nahverkehr betreibt und manche Privatisierung fürchten.

²⁵ „Von konstruktiv bis radikal“ von Sandra Dassler, Berlin und Marion Mück-Raab, Frankfurt im Tagesspiegel vom 16.10.2011

²⁶ <http://www.tagesspiegel.de/politik/per-zufall-ins-protestzelt-stav-shaffir-kaempft-fuer-sozialreformen-in-israel/4665956.html>

Arbeitskampf gegen die Regierung aufgerufen, der schon nächste Woche zu einem Generalstreik führen könnte. Die zentrale Grundsatzforderung der Protestbewegung lautet aktuell: Annullierung des Staatsbudgets für das Jahr 2012. Es sei im vergangenen Jahr unter vollkommen anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen verabschiedet worden und trage den landesweiten Protesten der letzten Monate in keiner Weise Rechnung.²⁷

In Chile gehen die Studenten seit Wochen auf die Straße und fordern ein gerechteres Bildungssystem und ein gebührenfreies Hochschulstudium. In Kolumbien demonstrieren am 13.10.2011 Zehntausende gegen die Teilprivatisierung der Universitäten.

In Spanien und England wollen die jungen Menschen nicht mehr die sozialen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten hinnehmen. Sie fordern gesellschaftliche Teilhabe ein.

Es geht weltweit.

Kerala und eine gerechtere Gesellschaft

In Indien gibt es ein Bundesland, das etwas anders macht, bezogen auf dortige Verhältnisse. Es ist die Provinz Kerala, die im Südwesten Indiens liegt. Mit 33,4 Millionen Ein-



©Foto: Jeffrey / www.pixelio.de

Thiruvananthapuram ist die Hauptstadt des indischen Bundesstaates Kerala. Sie liegt an der Küste im Süden Indiens und hat ca. 750.000 Einwohner

wohnern gehört der Staat zu den am dichtesten besiedelten Regionen Indiens. Insgesamt beträgt die Küstenlänge rund 590 Kilometer. Die teils noch dicht bewaldeten Westghats im Osten steigen im Durchschnitt 1500 Meter auf. Das Gebirge fällt nach Westen über eine Hügellandschaft zur höchstens 120 Kilometer breiten, fruchtbaren Küstenebene am Arabischen Meer ab. Die Menschen leben vorwiegend von der Landwirtschaft, dem Fischfang und dem Tourismus. Die Indus-

²⁷ <http://www.tagesspiegel.de/politik/kabinett-in-israel-stimmt-netanjahus-reformen-zu/4738358.html> vom 11.10.2011

trie ist schwach ausgebildet, da Bodenschätze fehlen. Im Ballungsraum Kochi-Ernakulam, dem wichtigsten Industriezentrum, sind auch in nennenswertem Umfang kapitalintensivere Bereiche wie chemische und IT-Industrie angesiedelt.

Das Klima ist tropisch mit geringen Temperaturschwankungen im Jahresverlauf und wird stark vom Monsun beeinflusst. Kerala ist ein sprachlich sehr homogener Bundesstaat. Die Hauptsprache Malayalam wird von knapp 97 Prozent der Bevölkerung gesprochen. Hindus stellen mit 56,2 Prozent (Volkszählung 2001) der Bevölkerung zwar die Bevölkerungsmehrheit, ihr Anteil ist aber deutlich niedriger als im landesweiten Durchschnitt. Daneben gibt es beträchtliche Minderheiten von Muslimen (24,7 Prozent) und Christen (19,0 Prozent). Die verschiedenen Glaubensrichtungen sind bereits seit vielen Jahrhunderten in Kerala vertreten und existieren weitgehend friedlich nebeneinander. Von allen Bundesstaaten Indiens weist Kerala mit 93,9 Prozent (Männer: 96,0 Prozent, Frauen: 88,3 Prozent) die höchste Alphabetisierungsrate auf. Die ersten allgemeinen Wahlen in Kerala fanden 1957 statt. Aus ihnen ging die Kommunistische Partei Indiens (Communist Party of India – CPI) als Sieger hervor. Zum ersten Mal verlor die Kongresspartei damit eine Wahl im unabhängigen Indien, zugleich konnte erstmals in der Geschichte eine kommunistische Partei freie und demokratische Wahlen für sich entscheiden. Unruhen brachten das Kabinett aber schon nach zwei Jahren wieder zu Fall. Effektiv haben sich seitdem bei fast jeder Wahl Kommunisten und Kongresspartei als Regierungsmacht abgewechselt. Heute existieren in Kerala zwei große politische Bündnisse: die United Democratic Front (UDF) unter Führung der Kongresspartei und die Left Democratic Front (LDF), angeführt von der CPI (M). Der amtierende Chief Minister Keralas ist seit dem 18. Mai 2011 Oommen Chandy von der Kongresspartei.

Drastische Fälle von Armut wie in anderen Teilen Indiens sind in Kerala kaum anzutreffen

Keralas Pro-Kopf-Einkommen liegt zwar nur wenig über dem indischen Durchschnitt, drastische Fälle von Armut wie in anderen Teilen Indiens (Slums u.ä.) sind in Kerala jedoch kaum anzutreffen, da hier in den letzten Jahrzehnten eine konsequente Agrarreform und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt worden sind. Auch das Bildungs- und das Gesundheitssystem sind im Vergleich zu anderen Bundesstaaten gut ausgebaut. Die Lebenserwartung liegt mit 73,5 Jahren (Männer: 70,6 Jahre, Frauen: 76,1 Jahre) deutlich über dem indischen Durchschnitt von 61,7 Jahren (Männer: 60,8 Jahre, Frauen: 62,5 Jahre; Stand jeweils 1999). Es gibt keine auseinanderklaffende soziale Schere.

In Kerala sind als einzigem Bundesstaat Indiens sämtliche Ortschaften ans Straßennetz angeschlossen. Drei Viertel des elektrischen Stroms werden aus Wasserkraft erzeugt, der Rest fast ausschließlich aus Wärmekraft. Kerala ist jedoch nicht in der Lage, seinen Strombedarf aus eigener Produktion zu decken, Stromausfälle sind daher an der Tagesordnung.

Kerala beweist, dass der Planet für die Bedürfnisse aller Menschen reicht, aber nicht für die Gier, wenn die Politik stimmt. Vielleicht können Wahlen doch etwas ändern, wenn die Einsicht reift, dass der Kapitalismus nicht die letzte Antwort auf die dringenden Fragen der Menschheit ist.



Über die Autorin

*Brigitte Pick (*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.*

Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): *Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen.* Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): *Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen.* Hamburg: VSA-Verlag (erschienen im Mai 2011)

Kontakt:

brigittepick@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de

auswege@gmail.com